Die letzten NACHRICHTEN

Tagesbericht

8. August

Der britische Kompromissantrag für das Abstimmungsverfahren der Friedenskonferenz angenommen. — Die Palästinafrage wird in London und Washington beraten. — Noch keine Gewissheit bezüglich der Raketengeschosse über Schweden. — Mikolajczyk nicht abgesetzt. — Die Kriegsverbrecherprozesse. — Erklärung der britischen Regierung über die Lage bei der südiranischen Oelgesellschaft. — Australien verlangt die Kontrolle über ganz Neuguinea. — Der UNO-Ausschuss stellt auch das Aufnahmegesuch der Mongolischen Republik zurück.

Der Geschäftsordnungs - Ausschuss der Friedenskonferenz setzte gestern seine Beratungen fort, nachdem nachts durch Annahme des britischen Kompromissantrages das Abstimmungsverfahren geregelt worden war.

Das britische Kabinett hielt gestern wieder eine Sitzung wegen Palästinas ab. Bevin konnte daran teilnehmen. Auch Montgomery und andere hohe Offiziere waren zu den Beratungen zugezogen. Man wartet immer noch auf die Entscheidung Trumans über den Sachverständigenplan. Der stellvertretende amerikanische Staatssekretär Acheson erklärte in einer Pressekonferenz, das Sonderkomitee des Kabinetts habe noch nicht mit den amerikanischen Sachverständigen und den amerikanischen Mitgliedern der britisch-amerikanischen Studienkommission konferiert. Ehe die Frage der Einwanderung der 100,000 heimatlosen Juden nach Palästina gelöst werden könne, müsse die Lage abgeklärt sein. — Die Landung der illegal eingetroffenen Einwanderer in Haifa geht weiter. Es sind durchwegs völlig mittellose Leute, die erklären, eine grosse jüdische Organisation finanziere und leite diese illegale Einwanderung.

Ob wirklich Raketengeschosse aus dem russisch besetzten Deutschland über Schweden fliegen, ist noch nicht aufgeklärt. Eine amtliche schwedische Meldung besagt, bis jetzt seien keine Raketenteile gefunden worden; es sei nur eine kleine Zahl der fliegenden Körper beobachtet worden, von denen sich einzelne als Meteore erwiesen hätten.

Die United Press-Meldung, die auch der Moskauer Rundfunk weitergegeben hatte, wonach der polnische Vizepremier und Bauernführer Mikolajczyk seines Postens enthoben worden sei, bestätigt sich nicht. Aber seine Bauernpartei hat eine neue Denkschrift nach London gelangen lassen, in der sie im Hinblick auf den Schwindel bei der letzten Volksabstimmung um die Anwesenheit ausländischer Beobachter während der Wahlperiode ersucht, um wirklich demokratische Wahlen zu sichern.

In Hamburg hat vor dem britischen Militärgericht ein Prozess gegen 13 deutsche Gestapobeamte wegen Ermordung britischer Commando-Truppen begonnen.

In Nürnberg geht die Rechtfertigung der SS weiter. Sie hatte 12 sog. Hauptämter, darunter auch ein «Hauptamt Gericht». Seine Aufgabe bestand u. a. in der Ueberwachung der Konzentrationslager durch eine Untersuchungskommission. Diese deckte vor allem Korruptionsfälle auf, z. B. den des Lagerkommandanten von Buchenwald. Die andern SS-Gruppen machten ihr diese Arbeit recht sauer, besonders Pohl vom SS-Wirtschafts- und Verwaltungsamt. Die Kommission arbeitete mit Häftlingen als Vertrauensleuten zusammen, aber wenn diese entdeckt wurden, verschwanden sie meistens bald von der Bildfläche. Ein Entlastungszeuge aus dieser Gruppe erklärte, der Ursprung aller Verbrechen sei nicht in der SS gewesen, sondern unmittelbar in der Kanzlei des Führers.

Das englische Foreign Office veröffentlicht im Zusammenhang mit der Entsendung von Kreuzern und Truppen in die Nähe der südiranischen Oelfelder eine amtliche Erklärung über die Lage dort. Das iranische Oel sei nicht nur im Kriege sehr wertvoll gewesen, sondern werde auch in Zukunft eine wichtige wirtschaftliche Rolle spielen. Die britische Regierung gibt zu, dass zur Hebung des Lebensstandards der Angestellten und Arbeiter noch manches geschehen muss. Die britische Regierung (sie besitzt selbst den Hauptanteil an der Gesellschaft) werde ein Sozial- und Wohnbauprogramm durchführen lassen, aber die iranische Regierung sei dafür verantwortlich, dass im Lande die Bedingungen für eine ruhige Durchführung und für einen geordneten Betrieb geschaffen würden. — Die Labourregierung will also der kommunistischen Agitation die Spitze brechen, die immer mit dem Vorwurf arbeitet, die Arbeiter der Anglo - Iranian Oil Company erhielten nur einen Zwanzigstel des Lohnes der entsprechenden englischen Arbeiter. Der Konflikt hat sich in letzter Zeit durch Streitigkeiten zwischen den einheimischen Arbeitern und den aus Indien und Arabien herbeigeschafften Arbeitskräften zugespitzt, die der Werkleitung widerspruchslos ergeben sind und sich von ihr willig als Streikbrecher gebrauchen lassen.

Australien fordert die vollständige Herrschaft über ganz Neuguinea.

Der Aufnahmeausschuss des Sicherheitsrates, der die Beitrittsgesuche für UNO prüft, hat auch das der mongolischen Volksrepublik zurückgestellt, da China den Einwand erhebt, es sei fraglich, ob die junge Republik schon den Verpflichtungen aus der UNO-Satzung genügen könne. Sie unterhalte überdies bis jetzt nur mit der Sowjetunion diplomatische Beziehungen.

Eisenhower bei Präsident Dutra

Nordamerikanisch-brasilianische Freundschaft

Von unserem New Yorker 𝓢-Korrespondenten

General Dwight D. Eisenhower war begleitet von seiner Frau und den Mitgliedern der amerikanischen Delegation Gegenstand eines stürmisch begeisterten Empfanges in Rio de Janeiro.

21 Salutschüsse wurden abgefeuert, als der General auf dem Flugplatze landete. Sein Empfang durch den brasilianischen Staatschef, Präsident Enrico Gaspar Dutra, gestaltete sich zu einer grossen Kundgebung der amerikanisch-brasilianischen Freundschaft. Der amerikanische Botschafter William B. Pawley gab zu Ehren Eisenhowers einen Empfang, an dem die gesamte brasilianische Regierung, die Mitglieder des diplomatischen Korps und andere Persönlichkeiten teilnahmen. Eisenhower hatte Besprechungen mit dem Aussenminister und den Ministern für die Armee, die Flotte und die Luftschiffahrt.

Slawischer Korridor in Zentraleuropa?

Tschechische strategische Forderungen an Oesterreich

Von unserem österreichischen Korrespondenten.

Wie man aus gut unterrichteten Quellen erfährt, hat die tschechoslowakische Regierung inoffizielle Sondierungen in Wien eingeleitet, die auf die Abtretung weiterer österreichischer Gebietsstreifen zu strategischen Zwekken hinzielen.

Es handelt sich um das Territorium des Donaustädtchens Marchegg, das nordöstlich von Bratislava liegt. Die Prager Regierung schlägt eine «Grenzkorrektur» in der Ausdehnung von einigen Kilometern entlang des Donauflussufers vor. In Wiener diplomatischen Kreisen brachte man diese Forderung logischerweise sofort mit den sowjetrussischen Absichten der Erstellung eines starken russischen Brückenkopfes über die Donau an der Grenze Oesterreichs in Verbindung. Ueberbringer dieser sowjetrussischen militärischen Pläne an die tschechoslowakische Regierung war Marschall Tito, der kürzlich in Prag eine jener üblichen «Brudervisiten» abstattete, und hiebei das bekannte Projekt der **Schaffung eines slawischen Korridors von der tschechoslowakischen Grenze an der russisch besetzten Zone bis an die jugoslawische Front bei Präsident Benesch entwickelte.**

Mit Hilfe des unter sowjetrussischem Einfluss stehenden Ungarn würde Sowjetrussland in den Besitz einer zentraleuropäischen Schlüsselstellung ersten Ranges gelangen.

Ein kurzer Blick auf die Landkarte genügt, um diesen militärischen Expansionsdrang Stalins im vollen Ausmasse zu verstehen.

Die Bedeutung des östlichen Teiles der österreichischen Republik für den sowjetrussischen Generalstab springt ins Auge.

Nun wurden aber in dem Moskauer Abkommen von 1943 die Grenzlinien Oesterreichs nach ihrem Stande vor dem Anschluss an Deutschland festgelegt.

Selbst wenn die österreichische Regierung sich etwa unter dem sowjetrussischen Druck gefügig zeigen sollte, den Prager Wünschen nachzukommen, so besteht wenig Aussicht dafür, dass die westlichen Grossmächte im Alliierten Rat in eine Aenderung dieser Abmachungen einwilligen werden.

Rätselhafter Abtransport von deutschen Kindern aus der Sowjetzone

Berlin, 7. Aug. (Exchange.) Delegationen aus der sowjetrussischen Besetzungszone haben an die russischen Okkupationsbehörden, den deutschen protestantischen Bischof Dibelius, das Internationale Rote Kreuz, den Weltzionistenrat und an andere Stellen Petitionen gerichtet, um zu erfahren, wohin die zahlreichen deutschen Kinder, die von der Sowjetpolizei aus weiten Bezirken der Zone weggeschafft worden sind, gegangen sind.

Wie vor einigen Wochen bekannt wurde, begannen Abteilungen der Sowjetpolizei grosse Scharen deutscher Kinder im Alter von 12—16 Jahren angeblich «zu Erziehungszwekken», abzutransportieren; die Kinder durften keinerlei Gepäck mitnehmen. Inzwischen sind Gerüchte in Umlauf gesetzt worden, wonach diese Kinder mindestens zwei Jahre lang von ihren Heimatorten fernzubleiben hätten. Die Anträge der Eltern, die ihren Kindern Pakete und Briefe senden wollten, wurden abgelehnt.

Im übrigen geschah die Auswahl der Kinder ganz unabhängig von der politischen Vergangenheit ihrer Eltern; unter ihnen befinden sich sowohl Söhne und Töchter ehemaliger Nationalsozialisten als auch von Kommunisten und Sozialisten. Die Kinder wurden meist auf dem Schulwege oder beim Spiel auf der Strasse entführt.

Was Katholisch-Amerika denkt und will

Washington. Die auf der Jahreskonvention des Verbandes kath. Veteranen gefassten Resolutionen vermitteln einen Einblick in Denken und Wollen des kath. Volksteiles in USA.

„Im Interesse internationaler Freundschaft und friedlichen Verkehrs unter den Nationen" wird eine permanente Vertretung der Vereinigten Staaten beim Vatikan mit dem Range einer Botschaft verlangt. Eine weitere Resolution der Nichtpreisgabe militärischer Geheimnisse auf dem Gebiete der Atombombe und anderer technisch-naturwissenschaftlicher Entdeckungen. Die Gewährung weiterer Darlehen an Sowjetrussland „oder irgendeine von den Kommunisten beherrschte Nation, die ihren Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten nicht nachgekommen ist", wird abgelehnt. Ebenso wird die Politik des Staatsdepartements gegenüber Franco-Spanien abgelehnt. Mit besonderer Schärfe hat sich die Konvention gegen den Kommunismus ausgesprochen und die Forderung gestellt, dass das Staatsdepartement allen Staaten die Anerkennung entziehe, in denen die grundlegenden menschlichen Freiheiten eingeschränkt sind. Die Konvention verurteilte schliesslich Teheran, Yalta und andere internationale Vereinbarungen, die geheime Verpflichtungen in sich schlossen.

Die Fernsteuerungs-Bombenoperation

San Francisco, 7. Aug. (Exchange.) Nach der Landung der 2 ferngesteuerten Fliegenden Festungen, die von Hawaii kamen, erklärte Brigadegeneral Richardson, es werde demnächst möglich sein, ganze Luftflotten durch Fernsteuerung mit Atomwaffen operieren zu lassen. — Die jetzt gelandeten Flugzeuge wurden aus Entfernungen von 300—500 km von sogenannten «Mutterflugzeugen» gesteuert. Bei der Annäherung an die Insel Santa Rosa vor der Küste bei LosAngelos wurden durch Fernsteuerung die Türen der Bombenkammer der Flugzeuge geöffnet und die mitgeführten Versuchsbomben abgeworfen. Diese trafen die auf Santa Rosa aufgestellten Ziele mit erstaunlicher Präzision. Die Türen der Bombenkammern wurden dann wiederum durch Ferneinwirkung geschlossen.

Der Versuch wurde von Oberst Alness von der amerikanischen Flottenluftwaffe geleitet. Er erklärte dem Marinekorrespondenten der «Exchange»: «Bei einer weiteren Vervollkommnung des Systems ist es für jede Angreifernation möglich, durch Bombenabwurf per Druckknopf jede Gegend der Vereinigten Staaten in den Bereich von Flugoperationen zu bringen. Es besteht auch kein Zweifel daran, dass die nächsten Jahre bereits dies' Vervollkommnung bringen werden.»

Der Sturm hat sich gelegt . . .

Zurückziehung der Anträge Hollands und Australiens in Paris

Paris, 8. Aug. (Exchange.) Das Plenum der Friedenskonferenz kann nun am Donnerstag um 16 Uhr zu einer voraussichtlichen rein formalen Sitzung zusammentreten, um die endlich fertiggestellte Geschäftsordnung zu bekräftigen; denn der Geschäftsordnungsausschuss brachte am Mittwoch zwar wieder 3 Stunden mit seinen Beratungen zu, verschwendete aber keine Minute auf heftige Auseinandersetzungen, wie sie vorher auf der Tagesordnung gewesen waren. Die Komiteemitglieder waren von der einmütigen Entschlossenheit beseelt, die Angelegenheit zum Abschluss zu bringen, damit die Konferenz sich endlich ihrem eigentlichen Thema, der Verabschiedung der 5 Friedensverträge, zuwenden könne. Auf allen Seiten bestand grösste Bereitwilligkeit, Abänderungsanträge, die sich als störend erweisen könnten, fallen zu lassen oder Einsprüche nach einiger Ueberlegung zurückzuziehen. Bei den internen Besprechungen, die seit der Sitzung der vergangenen Nacht stattgefunden hatten, war das Gelände offenbar gut vorbereitet worden.

Wenige Minuten nach Beginn der Sitzung vom Mittwoch erlebte man gleich die Ueberraschung, dass ohne weitere Debatte der sogenannte «Triest-Antrag» der Jugoslawen angenommen wurde. Demgemäss ist folgendes beschlossen: «Nachdem der Vorschlag einer verbündeten Macht, die einer feindlichen Macht benachbart ist, mit Zweidrittelsmehrheit oder mit einfacher Mehrheit angenommen worden ist, kann die Regierung des alliierten Staates diesen Vorschlag dem Rat der Aussenminister zur Prüfung unterbreiten.»

Hierauf leistete der Australier Dr. Evatt seinen Beitrag zu der allgemeinen Harmonie, indem er seinen Antrag zurückzog, wonach für die zehn Kommissionen der Konferenz die Regel der einfachen Mehrheit zu gelten habe.

Der holländische Sprecher folgte dem Beispiel Dr. Evatts und zog den Antrag seiner Delegation zurück, der sich ebenfalls auf Festlegung der einfachen Mehrheit für die Kommissionen bezog. Er tat dies, wie er sagte, im Hinblick auf die vom Rat der Aussenminister getroffenen Vorbereitungen und auf den englischen Abänderungsantrag, der in der vorhergehenden Nachtsitzung angenommen wurde.

McNeil fühlte sich dadurch zu der Bemerkung bewogen, dass sich die Delegierten beglückwünschen könnten, weil die Arbeit nach dem gestrigen Sturm so glatt vonstatten gehe.

Molotow äusserte seine Befriedigung darüber, dass die Vorschläge des Aussenministerrates diesen Anklang fänden. Er halte sie für unerlässlich, um das Einvernehmen innerhalb der Kommissionen zu verbürgen. Der Entwurf trage den Interessen der Konferenz Rechnung wie auch denen einzelner Delegierter, wenn sie ihren Standpunkt vertreten wollten.

In den Chor der Freude über die Handlungsweise Hollands und Australiens stimmte Byrnes ebenfalls ein; er fügte hinzu, er ziehe es vor, sich an die Vorschläge des Aussenministerrates zu halten, wenn immer dies möglich sei.

Der Geschäftsordnungsausschuss stimmte dann endgültig den von den Aussenministern aufgestellten Regeln für die Prozedur innerhalb der zehn Kommissionen zu.

Ohne weiteres wurde anschliessend auch ein Antrag Byrnes' gutgeheissen, wonach Mitglieder von Delegationen der «Grossen Vier» für die Wahl zum Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden in keiner der Kommissionen in Frage kommen sollen.

Schützenländerkampf mit Hindernissen

hrm. Die schwedische Schützenexpedition, die am 9., 10. und 11. August einen Länderkampf im Match- und Jagdschiessen gegen die Schweiz in Biel und St. Gallen hätte bestreiten sollen, erlitt in Hannover einen Autocar-Unfall. Die ganze Reisegesellschaft wurde dadurch um zwei Tage zurückgehalten und die schwedischen Schützen werden erst am Donnerstag in Biel resp. St. Gallen eintreffen. Die mit einem Privatwagen vorausgeeilten Schützenweltmeister Ullman und Sportredaktor Larsson nahmen von Biel aus den Kontakt mit ihren verunglückten Schützenfreunden auf und ersuchten den Schweizerischen Matchschützenverband um eine Umstellung des Programms. Am Mittwochabend wurde in einer ausserordentlichen Besprechung diesem Wunsche der Schweden entsprochen und der Länderkampf beginnt nun erst am 10. August nachmittags.

Lebenshaltungskosten unverändert

(Mitg.) Der vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit berechnete Landesindex der Kosten der Lebenshaltung verblieb Ende Juli mit 207,1 (Juni 1914 = 100) bzw. mit 150,9 (August 1939 = 100) annähernd auf Vormonatstand (—0,1%); gegenüber dem Juli des Vorjahres beträgt die Senkung 1,5%. Die Indexziffer der Nahrungskosten belief sich zu Ende des Berichtsmonates auf 208,8 (—0,3%) und die Gruppenziffer der Brenn- und Leuchtstoffe auf 170,3 (+0,2 Proz.). Die Indexziffer der Bekleidungskosten stellte sich gegenüber der letzten Ermittlung im April um 0,5% höher, nämlich auf 259,2. Der Mietpreisindex wurde mit 177,5 fortgeschrieben.

Wetterprognose

Heiter bis mässig wolkig und warm.